

Die KPÖ im Februar 1934 im Spiegel interner Berichte

HANS-PETER WEINGAND

Die KPÖ wurde bereits am 26. Mai 1933 vom austrofaschistischen Dollfuß-Regime verboten und in die Illegalität gedrängt. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass der Forschung dennoch eine Edition von 42 Dokumenten zum Februar 1934 und seinen Folgen (14. Februar bis 6. April 1934) zur Verfügung steht.¹ Ein Entstehungshintergrund dieser Quellen ist die enge Einbindung der KPÖ in die Kommunistische Internationale und das damit in Zusammenhang stehende ausgeprägte Berichtswesen.

Die internen Berichte stammen aus zwei unterschiedlichen Überlieferungen: 65 Blatt sind im Bundesarchiv Berlin aus dem Bestand des Zentralen Parteiarchivs der SED zugänglich.² Zumindest Teile dieser Berichte stammen aus dem Bestand der KPÖ im früheren Archiv der Kommunistischen Internationale in Moskau (heute Russisches Staatsarchiv für politische und soziale Geschichte).³ Kopien dieser Dokumente wurden sowohl der SED als auch der KPÖ für ihre Parteiarchive zur Verfügung gestellt. Interessant ist, dass diese Berichte für das 1984 zeitgleich in Berlin und Wien erschienene Buch von Winfried R. Garscha und Hans Hautmann über die Februarkämpfe nicht verwendet wurden.⁴ Weitere Berichte im Umfang von 36 Seiten befinden sich seit 1965 im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.⁵ Sie wurden dem DÖW von Ilona Duczynska übergeben.⁶ Duczynska war nach dem Februar 1934 im illegalen Schutzbund engagiert und an der Produktion der Schutzbund-Zeitung „Der Sprecher“ beteiligt. Als sie im Februar 1936 nach London emigrierte, wurden ihr „Kampfberichte aus den Februartagen und Organisationsberichte des Schutzbunds aus den ersten Wochen nach den Kämpfen“ zur Verwahrung im Ausland übergeben.

Die Berichte stammen teilweise von lokalen KPÖ-Funktionären, die meist nur mit Decknamen vorkommen. Diese neigen oft zur Idealisierung und Übertreibung. Teilweise stammen sie von so genannten Instrukteuren, deren Aufgabe es war, die Parteiorganisationen vor Ort inhaltlich wie organisatorisch anzuleiten.

Diese Berichte fallen deshalb oft recht beckmesserisch aus. Die folgende Dokumentation fokussiert auf wenig bekannte Details der Februarereignisse, die aus den KPÖ-internen Berichten hervorgehen.

Die Februartage

Nach einer Inspektion von Schutzbundgruppen in Wien Anfang Februar 1934 und Gesprächen mit Schutzbundführern, die an die Stelle der schon verhafteten Bezirksführer getreten waren, verweigerte Theodor Körner die ihm angetragene Schutzbündleitung. Am Sonntag, dem 11. Februar, informierte er Otto Bauer, so seine Erinnerung, „daß der Schutzbund nicht wisse, was in einem Ernstfall geschehen solle“ und dass „von einer Erregung in der Arbeiterschaft keine Spur wahrzunehmen sei, daß in der Bevölkerung alles niedergeschlagen und verprügelt sei, infolge des ständigen Zurückweichens vor der Polizei bei den Demonstrationen, zu denen doch zuletzt nur mehr die Vertrauensmänner gekommen seien“: „Aufgrund der Prüfung der 6–7 Bezirke rate, ja beschwöre ich ihn, es auf keinen Fall zu einem Zusammenstoß kommen zu lassen.“⁷

An diesem 11. Februar 1934, spätnachts, überbrachten Boten Otto Bauer in Wien das berühmte Ultimatum von Richard Bernaschek aus Linz. Dieser habe den Brief nach Gesprächen mit den Schutzbundführern von Linz, Steyr, Wels, Attnang und aus dem Kohlrevier verfasst, den Parteivorstand in Linz hatte er nicht informiert. Der Inhalt: Wenn morgen, Montag, es in Oberösterreich zu einer Waffensuche komme oder Vertrauensmänner des Schutzbundes oder der Partei verhaftet werden würden, „wird gewaltsamer Widerstand geleistet und in Fortsetzung des Widerstandes zum Angriff übergegangen werden“. Der Parteivorstand solle der gesamten Arbeiterschaft das Zeichen zum Losschlagen geben: „Wenn die Wiener Arbeiterschaft uns im Stiche läßt, Schmach und Schande über sie.“⁸ Bernaschek wurde via Boten und telefonisch ausgerichtet, er solle nichts unternehmen und nach Wien kommen. Dies wurde abgehört, war den Behörden bekannt, weshalb die Polizei sich bewusst entschied, in Linz mit der

Waffensuche im Hauptquartier der Sozialdemokratie, im Hotel Schiff, zu beginnen. Bernaschek konnte dies noch telefonisch melden, wurde aber mit anderen Linzer Schutzbundführern schon in den frühen Morgenstunden des 12. Februar dort verhaftet.⁹

Von „Generalstreik!“ war am Montag, dem 12. Februar, einem klaren, meist sonnigen Wintertag, auf fast allen Zeitungstitelseiten zu lesen. Doch es ging um Frankreich und nicht um Österreich: Nach regierungsfeindlichen Großdemonstrationen rechter Verbände hatten dort Sozialdemokraten, Kommunisten, die ihnen nahestehenden Gewerkschaften und die Liga für Menschenrechte zur Verteidigung der Republik aufgerufen. Er verlief in Frankreich friedlich und war ein Sieg der demokratischen Kräfte.¹⁰

In Österreich scheiterte dies bereits in Linz und in Oberösterreich trotz angeblicher vorheriger Absprachen von Bernaschek mit den Schutzbundkommandanten: „Der Generalstreik war zusammengebrochen: die Züge fuhren, Strom- und Wasserversorgung funktionierten. Und: man hatte den Gegner offensichtlich unterschätzt. Die Schutzbündler hatten mit der Heimwehr gerechnet; am 12. Februar standen sie dem Militär und der Polizei gegenüber.“¹¹

In Linz hatten sich ab Anfang Februar vermehrt Schutzbundführer im „Hotel Schiff“ getroffen, was auch der KPÖ nicht verborgen blieb: Sekretariat und die Linzer KP-Stadtparteileitung kamen zur Einschätzung, dass „das militärische Spiel“ des Schutzbundes hauptsächlich ein Manöver sei, um einerseits die revolutionäre Stimmung zu beruhigen und andererseits ein Druckmittel zu haben, um in die Vaterländische Front einbezogen zu werden. Ein Losschlagen sei aus irgendeinem Anlass durch untere Schutzbund-Organen möglich, wenn auch sehr unwahrscheinlich. In so einem Fall wollte man sich im Gasthaus „Zur Stadt Linz“ treffen. (Dok. 30) Putschistische Tendenzen, die im Umfeld von Bernaschek einflussreich waren, lehnte die KPÖ ab.¹²

Die KPÖ in Oberösterreich

Folgt man den KPÖ-internen Berichten, so war die Situation lokal recht un-



Schlinger-Hof in Wien-Floridsdorf

terschiedlich: Die Generalstreikparole der KPÖ war in Linz auch am Vormittag nur wenigen Leuten bekannt, und selbst während der Schießereien wusste abgesehen von den direkt Beteiligten kaum jemand, was eigentlich los war. Die Arbeit wurde nur in wenigen Betrieben niedergelegt, Kommunisten gelang hier die Streikmobilisierung in der Tabakfabrik und der Werft. (Dok. 16) Der Versuch, bei den Kämpfen führend teilzunehmen und eine offensive Strategie durchzusetzen, scheiterte jedoch an den jeweiligen Schutzbund-Leitungen, die lediglich auf die Verteidigung der SDAP-Häuser eingestellt waren. Beteiligte Kommunisten mussten sich diesen Anordnungen fügen. In Urfahr wurde Nicht-Schutzbündern sogar die Teilnahme an den Kämpfen verwehrt. (Dok. 22 und 30) Kritisch wurde betont, dass es nicht gelungen sei, die Arbeiter im größeren Ausmaß zu erreichen. (Dok. 22) Diese Selbstkritik gab es auch im Kohlenrevier (Dok. 13) und in Wels (Dok. 6). In Steyr erklärte der Polleiter einen Kampf für aussichtslos (Dok. 26) (und wurde aus der Partei ausgeschlossen), ähnliches geschah in Stadl-Paura. (Dok. 6)

Ein Bericht aus Attnang-Puchheim von Karl Sulzberger, dem Schutzbundkommandanten des Bezirks Vöcklabruck, macht deutlich, in welcher Lage sich Personen mit dieser Verantwortung befanden. In Attnang-Puchheim war zunächst alles gut gelaufen: Um 8.30 Uhr wurde man über die Lage in Linz verständigt, Sirenen gaben das Zeichen zum Generalstreik, Züge wurden angehalten und kontrolliert und ohne einen

Schuss abzugeben, besetzten 150 Schutzbündler Bahnhof, Post, Gemeinde und Gendarmerie. Doch dann kam, mit kaum 10 Minuten Verspätung, der 11-Uhr-Zug von Wien in Attnang an: „In Wien kein Streik bei der Bahn, in St. Pölten kein Streik, in Linz kein Streik, in Wels kein Streik, nur in Attnang-Puchheim steht der ganze Betrieb. Was ist zu tun? Es war eine meiner schwersten Entscheidungen im Leben. Soll ich den Kampf absagen, soll ich den Kampf weiterführen? Was ist damit genutzt, was wird damit geschadet? Ich kam zu dem Entschluß, den Kampf zu beenden, weil es keine Möglichkeit gibt, wenn der Streik nicht hundertprozentig durchgeführt wird.“¹³ Interessant daran: Karl Sulzberger, ein Vertreter der Linksopposition in der SDAP, war bereits im Sommer 1933 der KPÖ beigetreten, hatte jedoch im Auftrag der Partei die Doppelmitgliedschaft beibehalten.¹⁴ Solch schwerwiegenden Entscheidungen trafen also auch Kommunisten.

Gescheiterter Generalstreik

Angesichts der Ereignisse in Oberösterreich beschloss in Wien das sechsköpfige Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Partei den Generalstreik als Signal zum Aufstand – und auch die drei Wochen vorher beschlossene Warte-pause: Der Schutzbund solle sich in Bereitschaft halten, die Waffen bereitstellen, diese aber nur im Fall eines Angriffs einsetzen. Denn am 24. Jänner war man bei einer Führerbesprechung des Wiener Schutzbunds noch von einem wohlorganisierten Generalstreik ausgegangen, nach dessen Ausrufung der Schutzbund zwölf Stunden bewaffnet warten sollte, um dessen Wirkung zu überprüfen und wohl um der Parteiführung eine Möglichkeit für Verhandlungen zu bieten.¹⁵ Rosa Jochmann schilderte Otto Bauer als „handlungsunfähig“: „Er war vollständig zerstört, er hat nur immer wieder gesagt: ‚Was wird das für Blut und Opfer kosten.‘“¹⁶

Als Signal stellten um 11.46 Uhr die städtischen E-Werk-Arbeiter in Wien den Strom ab. Dies war nicht von langer Dauer, gestreikt wurde nur in den städtischen Betrieben und in einigen Industriebetrieben in den Außenbezirken. Um 13 Uhr kam es beim Sandleitenhof in Ottakring zu ersten Kampfhandlungen.¹⁷ Zu dieser Zeit hatte das Bundesheer bereits die Wiener Innenstadt und die Regierungsgebäude abgesichert. Über Rundfunk wurde ab 14 Uhr über das verhängte Standrecht berichtet, es gab Appelle

an die Eisenbahner und Aufrufe an die Mitglieder der Heimwehren, sich geschlossen an den Aktionen der Regierung zu beteiligen.¹⁸

Bei einem Routinetermin bei Bundeskanzler Dollfuß erklärte der sozialdemokratische Kärntner Parteiführer, Landeshauptmann-Stellvertreter Mathias Zeinitzer, seinen Austritt aus der SDAP und befürwortete auch deren Auflösung. Er gründete im März in Klagenfurt einen „Freien Arbeiterbund Österreichs“, der aber nur bis Juli Bestand hatte.¹⁹ Ähnlich verhielt sich auch die Führung der SDAP in Vorarlberg, die eine Loyalitätserklärung für die Regierung abgab.²⁰ Dazu kam der Verrat des Wiener Schutzbund-Kreisleiters Eduard Korbelt, der für seine sechs Bezirke die ihm unterstellten Kommandanten und die Waffenlager an die Behörden verriet. Die Regierungspropaganda verbreitete eine Erklärung von Korbelt gegen die „Gewaltmethoden der bisherigen Führer der Partei“ am 13. Februar als Flugblatt.²¹ Am späten Abend gab Justizminister Kurt Schuschnigg via Radio die „zündende Parole, die Brücken schlägt von Herz zu Herz und von Verstand zu Verstand: ‚Es lebe das Vaterland es lebe Österreich‘“, da „die überwältigende Mehrheit des Volkes mit den Aufrührern nichts zu tun haben“ wollte. Dann folgte ein „Aufruf der Führer der Kärntner Sozialdemokraten, die nunmehr erkannt hatten, welche verbrecherische Wege eine verantwortungslose Führung gegangen war.“²² Propagandistisch konnten Schutzbund und Sozialdemokratie mangels Zugriff auf Rundfunk und Zeitungen nichts entgegensetzen.

Otto Bauer, der führende Sozialdemokrat, setzte sich in der Nacht zum 14. Februar nach Břeclav in der Tschechoslowakei ab.²³ Zur Sinnstiftung der Februarereignisse aus Sicht der österreichischen Sozialdemokratie verfasste er bis 19. Februar die Schrift „Der Aufstand der österreichischen Arbeiter“, die bald darauf in Prag als Broschüre erschien.²⁴

Die KPÖ in Wien

Von Seiten der KPÖ waren in Wien am 11. Februar, einem Sonntag, in den Bezirken Konferenzen abgehalten worden. Von der Stadtparteileitung wurde, wohl im Vertrauen auf den Aufruf zum Generalstreik in der *Roten Fahne*, auf mögliche Streiks am Montag oder Dienstag aufmerksam gemacht. Doch von den Ereignissen am nächsten Tag war die KPÖ dann völlig überrascht.

Die internen Berichte sprechen von einem Versagen der Parteiorganisation in

Margareten, Simmering, Brigittenau, Hernals und Ottakring. In Leopoldstadt, Alsergrund, Hietzing und Brigittenau sei immerhin gewisse Agitation gelungen. Unabhängig vom Versagen der Bezirksleitungen kämpften einige Kommunisten in Simmering, auch in Ottakring kämpften Teile der KPÖ gemeinsam mit den Schutzbündlern. Beteiligung an den Kämpfen gab es auch in Landstraße, in Meidling konnten Kommunisten in Kampfgruppen sogar die Führung übernehmen. Eine führende Rolle in den Kämpfen billigten die internen Berichte der KPÖ in den Bezirken Favoriten und Floridsdorf zu, teilweise gab es sogar gemeinsame Komitees. Es gelang den KPlern jedoch auch in diesen Hochburgen der Februarkämpfe nicht, die Schutzbündler zu einer offensiven Strategie zu bewegen, schildert ein Sammelbericht, der am 21. Februar einlangte. (Dok. 3) In späteren Berichten wird auch der KPÖ in Döbling eine führende Rolle attestiert. (Dok. 24) In Simmering konnte bereits am Montag eine neue Sondernummer der *Roten Fahne* und ein Flugblatt verteilt werden und durch Streik am Franz-Josefs-Bahnhof gelang es, diese Verkehrsverbindung zu stoppen. In der Ankerbrotfabrik in Favoriten wurde von den Schutzbündlern ein Arbeiter gewählt, der kurz vorher der KPÖ beigetreten war. Eine offensive Strategie einzuschlagen, gelang auch hier jedoch nicht. (Dok. 3)

Ein aufschlussreicher Parameter für die Beteiligung von Kommunisten an den Kämpfen in Wien sind Ermittlungen der Staatspolizei zu den Toten und Verwundeten. Bei 127 toten ZivilistInnen (das schließt sowohl Aufständische als auch unbeteiligte PassantInnen ein) wurden 36 der Sozialdemokratie (ohne Schutzbündler zu sein) zugeordnet, 16 dem Schutzbund und sechs der KPÖ. Bei den Verwundeten, die der Staatspolizei bekannt wurden, ermittelten diese 122 Mitglieder der Sozialdemokratie, 19 Schutzbündler und vier Kommunisten. Hautmann bewertete diese Zahlen 1984 so, dass Schutzbündler und Kommunisten offenbar nur in schwerwiegenden Ausnahmefällen Verwundete der Exekutive überließen.²⁵ Da nicht anzunehmen ist, dass alle diese KPÖ-Mitglieder passive Opfer von z.B. Artilleriebeschuss auf Arbeiterwohnungen waren, bestätigen diese Zahlen die Angaben in den internen Berichten zur aktiven Beteiligung von Kommunisten an den Kämpfen in Wien. Kurt Bauer hat bei seinen Forschungen über die Todesopfer des Februaraufstands folgende Personen bei



Der Karl-Marx-Hof in Wien-Döbling unter Artilleriebeschuss des Bundesheeres

den Aufständischen mit KP-Bezug ermittelt: In Wien Josef Angerer, Viktor Klose, Franz Villa und Franz Wagner sowie in Oberösterreich Andreas Krobot-schek, Franz Mayer und Josef Skrabal.²⁶

Steiermark und Niederösterreich

Graz war der einzige Ort, an dem der Aufruf zum Generalstreik überhaupt gedruckt wurde. Dort kam es am frühen Nachmittag im Bezirk Lend und in den damaligen Umgebungsgemeinden Eggenberg und Gösting zu Kämpfen. Dort war die *Jungfront* als Teil der Linksoption in der Sozialdemokratie rund um den jungen Gewerkschafter Willy Scholz stark. Die Grazer KPÖ betrachtete Scholz als „kleinen Bonzen“ und lehnte auch die kämpferischen Flugblätter dieser Gruppe als „Manöver“ ab. Deswegen beteiligte sich die Parteiorganisation auch nicht an den Kämpfen, nur der Kommunistische Jugendverband setzte Aktivitäten. Am Nachmittag war es jedoch praktisch unmöglich, den einzelnen Zellen die Order zur Beteiligung an den Kämpfen zu übermitteln. (Dok. 31)

Für Bruck an der Mur und Leoben wurde KPÖ-intern ein Versagen der Gebietsleitung konstatiert, die kaum Kontakt zu den Ortsgruppen hatte. (Dok. 21) In Judenburg war man immerhin im „Aktionsausschuss“ vertreten, in Knittelfeld war der Einfluss zu klein, um die Empörung der Arbeiter in Taten umzusetzen. (Dok. 8) Während in Leoben ein Flugblatt der KPÖ vom 13. Februar zur Niederlegung der Arbeit und zum bewaffneten Kampf zur „Beseitigung der faschistischen Henkerregierung“ aufrief,²⁷ wurde sonst mangelnde Propaganda kritisiert. (Dok. 21)

Die Berichte aus Niederösterreich beklagen vor allem die Untätigkeit des Schutzbunds in Baden (Dok. 1), Mödling (Dok. 16), Schwechat (Dok. 9), Berndorf und Pottenstein. (Dok. 30a) Aus Waidhofen-Böhlerwerk überliefern die Berichte eine Episode, welche zeigt, dass die Konfliktlinien unter den Arbeitern nicht unbedingt zwischen Splern und KPlern lagen – sondern eher zwischen Leuten, die Arbeit hatten und Arbeitslosen: KPlern und Schutzbündler zwangen die Arbeiter, den Betrieb zu verlassen und beschimpften sie als Schuffte. Diese wiederum verwiesen auf die fahrenden Züge und erklärten, sie würden sofort streiken, wenn es einen wirklichen Generalstreik gäbe, d.h., wenn die Eisenbahn nicht fahren würde. Jene KPlern, die in den Betrieb gingen, um ihn stillzulegen, wurden von Meistern denunziert. (Dok. 18) In den KPÖ-Berichten aus Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg konnte zwar teilweise viel geschrieben, jedoch kaum etwas Relevantes zu Kampfhandlungen berichtet werden.

Rote Hilfe

Die Kommunistische Internationale veröffentlichte am 8. März 1934 auf Basis der bis zum 22. Februar vorliegenden internen Berichte (Dok. 1 bis 16) in ihrem in der Schweiz erscheinenden offiziellen deutschsprachigen Organ *Rundschau* unter dem Titel „Der Februaraufstand der österreichischen Arbeiterschaft. Die Generalprobe der österreichischen Revolution“ eine Sonderbeilage und einen „Aufruf über die Ereignisse in Österreich“: „Die Arbeiterklasse der Welt und die Kommunistische Internationale zollen eurem Heldenmut höchste Anerkennung und senken ihre Fahnen an

der Bahre der Gefallenen. Von der Sozialdemokratie verraten, habt ihr wie Löwen gekämpft für die Sache des Sozialismus [...] Ihr habt den Faschismus nicht gebrochen, aber seine freche Zuversicht schwer erschüttert. Durch euren Aufstand beseelt, erheben sich zehntausende und hunderttausende Arbeiter anderer kapitalistischer Länder gegen die faschistische Reaktion.⁴²⁸

Unmittelbar nach den Februartkämpfen wurden über die Kommunistische Internationale Mittel für die österreichischen ArbeiterInnen aufgetrieben.²⁹ In der Sowjetunion fanden in Betrieben Solidaritätskundgebungen statt und die KP-nahe *Rote Hilfe*³⁰ rief im Rahmen der Aktion „Ein Stundenlohn pro Woche für die Opfer der Kämpfe in Österreich“ zu Geldsammlungen auf. Sie stellte schon Anfang März eine Million Schilling zur Verfügung.³¹ Dies würde aktuell ca. 3,54 Millionen Euro Kaufkraft entsprechen.

Zeitgleich erschienen Erzählungen von Schutzbündlern über die Kämpfe in Österreich in der sowjetischen Presse.³² Am 10. März 1934 entschied das Politbüro der sowjetischen KP, alle Schutzbündler aufzunehmen, die nicht der Spionage verdächtigt waren.³³ Die Februarereignisse wurden für einige Zeit zu einem der wichtigsten Themen der sowjetischen Publizistik. So wurde die Beschreibung des Durchbruchs einer Gruppe Schutzbündler in Richtung tschechischer Grenze – der „Marsch der 47“ – zur Grundlage von Theateraufführungen in sowjetischen Schulen.³⁴ Die Erlebnisse von Schutzbündlern wurden für Artikel und Broschüren verwendet und mit Texteschüben über den „Verrat der Sozialdemokraten“ und über den „Weitblick der Kommunisten“ ergänzt. Nun würden sich die Schutzbündler in der Sowjetunion „auf die zukünftigen und bald bevorstehenden Kämpfe für ein sowjetisches Österreich, für einen Weltoktober vorbereiten“.³⁵

Zur Unterstützung wurde um zehn Groschen auch die Zeitschrift *Tribunal. Organ der Roten Hilfe* verkauft. Ende April wurde berichtet, dass bereits 5.900 Familien unterstützt wurden – finanziert zu zwei Drittel aus der Sowjetunion und anderen internationalen Spenden.³⁶ In Graz erschien im April eine eigene Zeitschrift „Der Rote Ankläger“. Hier wurde nicht nur dazu aufgerufen, zum 1. Mai einen Stundenlohn für den „Weissel-Wallisch-Stanek-Fond“ der *Roten Hilfe* zu spenden. Der 1. Mai 1934 sei als „Kampftag für die Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen“ zu sehen,

als „eine Etappe auf dem Wege vom Februar-Aufstand zum bolschewistischen, roten Oktober“.³⁷ Die *Rote Hilfe* verkaufte auch Spendenmarken bzw. Postkarten mit Bildern hingerichteter Schutzbündler.³⁸

In der Sowjetunion wurden die Schutzbündler als Helden empfangen und bis 1935/36 in eigenen Institutionen wesentlich besser als durchschnittliche SowjetbürgerInnen versorgt.³⁹ In Moskau erschienen die Broschüren „Österreich im Aufstand. Der Heldenkampf des österreichischen Proletariats“ und „Die Februartkämpfe in Floridsdorf“ (1935). Eingeleitet von Ernst Fischer („Peter Wieden“) kamen 1936 im Buch „Schutzbündler erzählen vom Februar 1934“ 17 Schutzbündler mit ihren Beiträgen zu Schauplätzen in Wien, Oberösterreich und Steiermark zu Wort.

Internationale Arbeiterhilfe

Für Unterstützung vor Ort wurde in Österreich auch die *Internationale Arbeiterhilfe* (IAH) wiederaufgebaut, die im Herbst 1933 zerschlagen worden war. Im Laufe des Jahres konnten in vier proletarischen Bezirken Wiens 500 zahlende Mitglieder gewonnen werden, in Graz 150. Zu den Aufgaben der österreichischen Sektion zählte auch „die stärkere Erfassung sozialdemokratischer Schichten durch die IAH und ihre Heranführung an die Partei“.⁴⁰ In Wien wurden „Kleinküchen“ zur Versorgung von je zwei Erwachsenen und sechs Kindern eingerichtet, es gab Milchaktionen für Kinder, eine Kleiderhilfsaktion und Lebensmittelpakete. Aufgebaut wurde die Versorgung der Kinder von Februaropfern im Ausland, was von den Behörden durch die strenge Kontrolle bei Kinder- und Familienpässen erschwert wurde. Dabei sah man sich auch im ideologischen Kampf mit regierungsnahen und kirchlichen Aktivitäten, wie der Fey-Aktion.⁴¹ Den propagandistischen Hilfsaktionen von rechter Seite wurde mit Propaganda gekontert: „Straßensammlungen für den ‚Josefstisch‘ – Schaffung eines Hilfsfonds vom Erzbischof Innitzer und der Frau des Bundeskanzlers Dollfuß für die Hinterbliebenen der hingemordeten Arbeiter – in der Tat, die Stützen des faschistischen Staates sind eifrig an der Arbeit, eine eigenartige ‚Arbeiterhilfe‘ aufzuziehen. [...] Man braucht nur die Bestätigung der katholischen Pfarrämter, dass man hilfebedürftig und ein verlässliches Schäflein der katholischen Kirche ist. Die hungernden Familien in den zerschossenen Gemeindehäusern werden be-

vorzugt.“ Die Betroffenen, so behauptete das IAH-Blatt *Solidarität*, würden diese Hilfe jedoch nicht annehmen: „Hinterbliebene der ermordeten oder eingekerkerten Schutzbündler dürften in die Kirche ‚heimkehren‘. [...] Die Mehrzahl der Opfer weist mit Abscheu die heuchlerischen Almosen des steinreichen katholischen Klerus, die Liebesgaben der faschistischen Mörder zurück.“⁴²

In einem Aufruf vom 21. Februar wurden von der IAH in der Tschechoslowakei Familien und Betriebspatronate für die „Kinder gefallener Wiener Arbeiter“ gesucht – wobei von „Zehntausenden Toten“ in Österreich die Rede war.⁴³ In Abstimmung mit der *Roten Hilfe* kümmerte sich die IAH speziell um diese Kinder und verfügte zwei Monate später bereits über ca. 200 Freiplätze in Österreichs Nachbarland.⁴⁴ Bis Anfang Mai wurden mit vier Transporten ca. hundert Kinder ins Ausland gebracht.⁴⁵ In Summe wurden letztendlich in der Tschechoslowakei 207 Kinder untergebracht, von diesen kamen 121 in die Sowjetunion.⁴⁶ Nähere Informationen liegen über die 36 Buben und 33 Mädchen im Alter zwischen fünf und 14 Jahren vor, die am 23. Mai in Prag untergebracht waren. Der Großteil der „Väter bzw. Ernährer“ waren verhaftet (28), im Kerker (7) oder Anhaltelager (3), als gerade Haftentlassene ohne Arbeit (4) oder gefallen (1). 16 waren in der Tschechoslowakei, 16 bereits in der Sowjetunion. Die Eltern von sieben Kindern waren in der KPÖ organisiert, sonst waren alle SP-Mitglieder.⁴⁷ Manche dieser Kinder hatten den kämpfenden Essen und Munition gebracht, waren mit Verletzten und Toten konfrontiert worden. Dem Bruder eines Kindes wurde als „Vorbereitung für Aufhängen“ das Bajonett an den Hals gesetzt, ein Vater in seiner Wohnung in Gegenwart der Familie bei einem Verhör geschlagen.⁴⁸

Auch seitens der Sozialistischen Internationale wurde den Schutzbundangehörigen rasch Unterstützung über einen Hilfsfonds ermöglicht. Finanziert wurde dies vor allem durch die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften in Dänemark und den Niederlanden. Zu diesen Hilfsaktionen gibt es im Archiv der Sozialistischen Internationale in Amsterdam einen umfangreichen niederländischen Bericht und Unterlagen über Hilfeleistungen bis hinunter zu Familien und Einzelpersonen.⁴⁹

Anmerkungen:

1/ Hans-Peter Weingand: Die KPÖ und der Februar 1934. Mit den internen Berichten der



Von der KPÖ bzw. der Roten Hilfe herausgegebene Broschüren über die Februarkämpfe und die Schutzbund-Emigration

KP-Bezirksgruppen und Karten des Bundesheeres. Graz: Clio 2020, S. 121–252. Die im Text angeführten Dokumentennummern beziehen sich auf diese Edition.

2/ BArch Berlin, SAPMO, SgY 15/V 245/1.

3/ RGASPI 495/80/419.

4/ Winfried R. Garscha/Hans Hautmann: Februar 1934 in Österreich. Wien 1984 (Schriftenreihe Geschichte).

5/ DÖW 17039.

6/ Vgl. Ilona Duczynska: Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt. München 1975, S. 199 und 218, Anm. 40.

7/ Zit. nach Eric C. Kollman: Theodor Körner. Militär und Politik. Wien 1973, S. 220.

8/ Ines Kykal/Karl R. Stadler: Richard Bernaschek. Odyssee eines Rebellen. Wien 1976, S. 92–95.

9/ Brigitte Perfahl: Linz und Steyr – Zentren der Kämpfe, in: Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.): „Es wird nicht mehr verhandelt...“. Der 12. Februar 1934 in Oberösterreich. Linz 1984, S. 25–56, hier S. 36 und 40.

10/ Vgl. Jacques Duclos: Der Februar in Frankreich, in: Weg und Ziel, 32. Jg. (1974), Nr. 2, S. 73f.

11/ Perfahl: Linz und Steyr, 49.

12/ Winfried R. Garscha: Grundlinien der Politik der KPÖ 1920 bis 1945, in: Manfred Mugrauer (Hg.): 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 12), S. 25.

13/ Zit. nach Hubert Hummer: Der Widerstand auf dem Land, in: „Es wird nicht mehr verhandelt...“, S. 57–81, hier S. 61.

14/ KPÖ Oberösterreich (Hg.): 1934: „Der junge Genosse hat zu 99 Prozent recht...“, 12.2.2019, in: <http://ooe.kpoe.at/article.php/20080211104231584/print> [1.2.2024].

15/ Bauer, Kurt: Der Februaraufstand 1934. Fakten und Mythen. Wien 2018, S. 24.

16/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten. Band 1: Arbeiterbewegung. Wien 1985, S. 74.

17/ Garscha/Hautmann: Februar 1934, S. 123f.

18/ Schicksalstage in der RAVAG, in: Radio Wien 10/22 (23.2.1934), S. 1–3, hier S. 1.

19/ Andreas Grobe: Kärnten als Ort der politischen Konfrontation 1933/34. Unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Arbeiterschaft und Sozialdemokratie, in: Carinthia I, Nr. 208 (2018), S. 431–457, hier S. 450–455.

20/ *Vorarlberger Landes-Zeitung*, 13.2.1934, S. 1.

21/ Garscha/Hautmann: Februar 1934, S. 137; Helene Maimann/Siegfried Mattl: Notizen zum Februar 1934, in: dies. (Hg.): Die Kälte des Februar. Österreich 1933–1938. Wien 1984, S. 9–12.

22/ Schicksalstage in der RAVAG, S. 1–2.

23/ Vgl. dazu Manfred Marschalek: Untergrund und Exil. Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1945. Wien 1990 (Sozialistische Bibliothek, Abteilung 1, Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. 3), S. 9–19.

24/ Otto Bauer: Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Kommentiert und hg. von Werner Anzenberger, Anja Grabuschnig und Hans-Peter Weingand. Wien 2021.

25/ Garscha/Hautmann: Februar 1934, S. 146–148; Winfried R. Garscha, Der Streit um die Opfer des Februar 1934, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 21. Jg. (2014), Nr. 1, S. 1–5, hier S. 2.

26/ Bauer: Februaraufstand, S. 139–186.

27/ DÖW-Flugschriftensammlung 4029/96.

28/ *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung*, Nr. 20, 8.3.1934, S. 725–732 bzw. S. 711f.

29/ Zur Abwicklung in Österreich bzw. der Tschechoslowakei vgl. RGASPI 495/4/280/2, Protokoll Nr. 360 der Sitzung der Politkommission am 27.2.1934, Punkt 5.

30/ Vgl. dazu Winfried R. Garscha: Linker Widerstand – „Rote Hilfe“ – Arbeiterwiderstand, in: Stefan Karner/Karl Duffek (Hg.): Widerstand in Österreich 1938–1945. Die Beiträge zur Parlaments-Enquete 2005. Graz, Wien 2007, S. 53–61.

31/ Aleksandr Vatlin/Verena Moritz: „Wir haben es mit sehr gutem Menschenmaterial zu tun“. Die Schutzbundemigranten in der Sowjetunion, in: Verena Moritz u.a.: *Gegenwelten. Aspekte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen*

1918–1938. St. Pölten, Salzburg, Wien 2013, S. 365–392, hier S. 367f.

32/ Aleksandr Vatlin: „Die Karausche im Rahm“ – Österreichbilder in der sowjetischen Propaganda, in: Moritz u.a.: *Gegenwelten*, S. 309–346, hier S. 328.

33/ Vatlin/Moritz: Schutzbundemigranten, S. 368.

34/ Vatlin: Österreichbilder, S. 323.

35/ Vatlin/Moritz: Schutzbundemigranten, 381.

36/ *Tribunal*. Organ der Roten Hilfe. Ende April 1934, S. 1 (Landesarchiv Steiermark, Sammlung 20. Jahrhundert, Kt. 204, Schutzbund).

37/ *Der Rote Ankläger*. Organ der Roten Hilfe Gebiet Graz, Nr. 1, S. 1f. (StLA).

38/ Manfred Mugrauer (Hg.): Partei in Bewegung. 100 Jahre KPÖ in Bildern. Wien 2018, S. 63, Bild 8–10.

39/ Verena Moritz/Julia Köstenberger/Alexander Vatlin: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938, in: Stefan Karner/Alexander Tschubarjan (Hg.): Österreich – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte. Graz, Wien 2018, S. 121–142, hier S. 135.

40/ RGASPI 538/3/160/70–72, Bericht über die organisatorische Lage der IAH Österreichs, 15.10.1934, S. 71.

41/ RGASPI 538/3/160/92–95, Die Hilfsaktion der IAH für Österreich, 31.3.1934.

42/ *Solidarität*. Organ der österreichischen Sektion der Internationalen Arbeiterhilfe. Nr. 1, Mitte März 1934, S. 3 und 5 (RGASPI 538/2/98).

43/ RGASPI 538/3/162/17–18, Solidaritätsaktion für das österreichische Proletariat, 21.2.1934.

44/ RGASPI 538/3/162/26–30, Bericht über Österreich, 21.4.1934.

45/ RGASPI 538/3/162/37, Die Kinderhilfsaktion der IAH für die österreichischen Kämpfer, 10.5.1934.

46/ RGASPI 538/3/162/94–99, Organisations- und Arbeitsbericht, 14.9.1934, S. 96.

47/ RGASPI 538/3/162/54, Statistik, 23.5.1934.

48/ RGASPI 538/3/162/55, Aus dem Berichten der Wiener Kinder in Prag, 31.5.1934.

49/ <https://search.iisg.amsterdam/Record/ARCH01368>, Nr. 2451 und 3759.